

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/247

30. Dezember 1975

Ausbildungskapazitäten mobilisieren!

Eine Aufgabe, die unser aller Zukunft berührt

Von Helmut Rohde MdB
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und Mit-
glied des Vorstandes der SPD

Seite 1 und 2 / 82 Zeilen

Weichenstellung 1976

Ausbau der sozialen, liberalen Demokratie oder reak-
tionäre Renaissance

Seite 3 / 49 Zeilen

Eine Chance verspielt

Neuwahlen zum saarländischen Landtag nicht mehr in
Sicht

Von Friedel Läßle MdL
Mitglied des Vorstandes der SPD und Vorsitzender der
SPD Saar

Seite 4 und 5 / 55 Zeilen

- * * Allen unseren Lesern und Mitarbeitern
- * * ein frohes und gesundes neues Jahr!
- * * Unser nächster Dienst erscheint am 5. Januar 1976

Ausbildungskapazitäten mobilisieren!

Eine Aufgabe, die unser aller Zukunft berührt

Von Helmut Rohde MdB

Bundeminister für Bildung und Wissenschaft
und Mitglied des Vorstandes der SPD

Im Blick auf das letzte Viertel dieses Jahrhunderts werden gerade an dieser Jahreswende weltweit angelegte Betrachtungen und Kommentare geschrieben. Es sind allerdings nicht nur jene Probleme, die man gern die globalen nennt, die auf die gesellschaftliche Entwicklung in unserem Lande nachhaltigen Einfluß haben werden. Wir stehen wie andere europäische Industrieländer einer Aufgabe gegenüber, die man ohne zu überzeichnen als Herausforderung nicht nur der Bildungspolitik, sondern der Gesellschaftspolitik im ganzen empfinden muß: In den kommenden Jahren werden geburtenstarke Jahrgänge die Schulen verlassen, die Nachfrage nach Bildungschancen im weiterführenden Schulsystem, an den Hochschulen und in der beruflichen Bildung wird in wachsendem Maße steigen. Diesen jungen Menschen eine gute Ausbildung zu sichern und den Übergang vom Bildungssystem in das Berufsleben zu ermöglichen, verlangt die Mobilisierung aller Ausbildungsreserven und Kapazitäten sowie Flexibilität in den Arbeits- und Berufsstrukturen.

Die Bundesrepublik verfügt über eine weitgefächerte Bildungsinfrastruktur, die es voll zu nutzen gilt. Sie umfaßt Ausbildungsplätze in der Wirtschaft, im öffentlichen Dienst, in den Schulen und Hochschulen. Die Ausbildungskapazität war in der Bundesrepublik noch nie so groß wie heute. Damit ist im Grunde eine beachtliche Ausgangslage für die Bewältigung der Probleme geschaffen, denen wir uns in den nächsten Jahren gegenübersehen. Darin zeigen sich auch die erheblichen Investitionen, die in den vergangenen Jahren in die Bildung gegangen sind.

Wer fordert, die Investitionsquote unserer Volkswirtschaft müsse steigen, um eine solide Grundlage der künftigen Entwicklung zu schaffen, darf den Beitrag, den die Bildungsinvestitionen zur Zukunftssicherung leisten können, nicht übersehen. Wir werden nur noch knapp zehn Jahre starke Jahrgänge haben, die unsere Schulen verlassen und in dieser großen Zahl qualifizierte Ausbildung vor dem Eintritt in die Arbeitswelt beanspruchen. Würde dieser Anspruch nicht eingelöst, so würde die Möglichkeit vertan, die Qualifikation der Menschen zu sichern, die für uns alle in den 90er Jahren die Leistungen der Volkswirtschaft erarbeiten müssen. Würde dieser Anspruch nicht eingelöst, so würde zudem ein Teil dieser Jugendlichen bewußt den Belastungen und Unsicherheiten ausgesetzt, die Unterqualifikation in der Arbeitswelt bewirkt. Heute wird viel über Fragen einer sogenannten Überqualifikation diskutiert. Die Lage von Hauptschülern ohne Abschluß, von Ungelernten, von arbeitslosen Jugendlichen ohne ausreichende Qualifikation bleibt in dieser Diskussion oft außen vor. Sie ist jedoch sozial wie auch ökonomisch das ungleich wichtigere Problem.

Wir verfügen über große Ausbildungskapazitäten, und die Jugendlichen stellen ihre gerechtfertigten Ausbildungsansprüche. In dieser Situation helfen nicht immer neue weitschweifige Erörterungen weiter. Auch an Konzepten

besteht kein Mangel; sie liegen auf dem Tisch und müssen in operative Politik umgesetzt werden:

1/ Ein sinkender Trend im Ausbildungsplatzangebot darf nicht hingenommen werden. Wir brauchen ein deutliches Plus bei den Lehrstellen. Die eingeleitete Kurskorrektur zugunsten der beruflichen Bildung muß 1976 gesetzgeberisch vollzogen werden. Dazu brauchen wir die Neufassung des Berufsbildungsgesetzes, ein arbeitsfähiges Instrumentarium für die Berufsbildungspolitik und eine Finanzierungsregelung zur besseren Sicherung der Ausbildungsplätze. Dies alles ist nicht durch eine oberflächliche Novellierung des geltenden Rechts und durch einige Paragraphen zu erreichen, die nur Alibi charakter besitzen. Dazu gehören der Mut und die Bereitschaft zur Reform.

2/ Das Hochschulrahmengesetz hat in einem schwierigen Prozeß die parlamentarischen Hürden genommen. Vor allem in der Studienreform und bei der Zulassung müssen seine Regelungen nunmehr zügig umgesetzt werden. Die Arbeit darf nicht in Kommissionen veranden. Erste Ergebnisse müssen noch 1976 sichtbar werden. Der Bund wird im Rahmen seiner rechtlichen und politischen Möglichkeiten initiativ werden.

3/ Die sozial- und bildungspolitisch Vernachlässigten müssen in den Mittelpunkt der Bildungspolitik treten. Hauptgeschüler, Lernbehinderte, Kinder aus sozial schwächeren Gruppen gehören dazu. Ein Bildungssystem, das die Gleichwertigkeit aller Bildungswege vernachlässigt, würde zu Ungerechtigkeiten und schließlich zu Verwerfungen in seiner Gesamtstruktur mit schwerwiegenden Folgen für das soziale Leben führen.

Bildungspolitik im System des Föderalismus steht im Ruf, schwerfällig und ineffizient zu sein. Nicht immer hat sie diesen Ruf zu Unrecht. Aber niemand hat das Recht noch politisch die Möglichkeit, sich auf längere Zeit hinter Grenzwirrwahl oder Verfahrensfragen zurückzuziehen, wenn es darum geht, für die Zukunft unserer Jugendlichen und der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung vorzusorgen. Handeln, nicht endlos verhandeln, muß das Leitziel der Arbeit in den kommenden Monaten sein, wenn für Hunderttausende von Jugendlichen Berufs- und Lebenschancen nicht nach dem Schulabschluß verbaut werden sollen.

(-/30.12.1975/wi/pr)

+ + +

Weichenstellung 1976

Ausbau der sozialen, liberalen Demokratie oder reaktionäre Renaissance

Die Bürger dieser Republik können, nach allem, was Handelnde und Auguren voraussagen, mit optimistischer Grundstimmung ins neue Jahr gehen. Das ist angesichts der Weltverfassung durchaus bemerkenswert. Ein entscheidendes Jahr wird freilich 1976 für uns. Wahljahre sind dies zwar allemal, aber das kommende ist es doch in besonderem Maße.

Es widerspricht demokratischen Spielregeln und führt auch zu nichts Gutem, mit dem Schreckgespenst Wahlwerbung treiben zu wollen, das Gebäude des demokratischen Staates würde vermittels gegnerischer Manipulationen in seinen Grundfesten wanken. Verkettzerung statt sachlicher politischer Konkurrenz stößt in der aufgeklärten Öffentlichkeit - dafür gibt es Belege - zunehmend auf Ablehnung. Gleichzeitig wird aber auch das Differenzierungsvermögen für konzeptionelle Unterschiede in bezug auf die gesellschaftlichen Zustände im demokratisch verfaßten Staat gestärkt.

Der vor kurzem noch die ganze westliche Welt überziehende stürmische Aufbruch zu neuen - besseren, gerechteren, menschlicheren - Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens, der auch durch Unausgegarenheiten und Übertreibungen, die er zwangsläufig auch im Gefolge hatte, im Resümee nicht entwertet werden kann, ist von einer Phase ruhigerer Entwicklung abgelöst worden. Weltweite Wirtschaftskrise und Konsolidierung in der Ost-West-Politik spielen hierbei eine bedeutende Rolle. Gewissenstreue Gangarten sind nicht mit Rückschritt gleichzusetzen, und es spricht ja in der Tat vieles dafür, daß Rationalität und Fortschritt das Schnecken tempo bevorzugen. Nur ist andererseits nicht zu übersehen, daß bestimmte Kräfte, die sich selbst zuweilen gerne konservativ nennen, ihrerseits durchaus nicht ruhen. Sie meinen, die Zeichen stünden auf Umkehr des Kurses, des sozial-liberalen, der ihnen noch nie behagt hat.

Da wird jene Aufbruchsbewegung, der die parlamentarische Demokratie wesentliche mobilisierende und bewußtseinschärfende Impulse verdankt, zu einem ihren Inhalten und Zielen völlig widersprechenden Gebilde denaturiert, das man, wenn's paßt, auch noch für eine Art Unterbau für Terrorismus und Anarchismus aus gibt. Die Politik der Entspannung, also der friedlichen Konfliktlösung, wird kurzerhand für gescheitert erklärt, wobei man es allerdings dem Publikum schuldig bleibt, die einzige Alternative beim Nennen zu nennen, die die Konsequenz einer Abkehr vom Bemühen um Entspannung wäre. Das Netz sozialer Einrichtungen, das unserem Staat innere Stabilität und der Volkswirtschaft-Dynamik verleiht, wird leichtfertig zur Disposition gestellt, ohne auch nur im entferntesten auf die Folgen einzugehen, die jede Minderung dieser tragenden Säule auslöst.

Eine politische Richtungsänderung, die Abkehr vom sozial-liberalen Kurs, würde mit Sicherheit gesellschaftlichen Rückschritt, Rückkehr zu Positionen, die auch den Nostalgiker nicht erfreuen könnten, bewirken. Ausbau der liberalen, sozialen Demokratie oder Neuinstallation verkrusteter, die individuelle Entfaltung beengender obrigkeitlicher Schablonen: Diese Weichenstellung erwartet 1976 den Bürger.

Claus Preller
(-/30.12.1975/bgy/pr)

Eine Chance verspielt

Neuwahlen zum saarländischen Landtag nicht mehr in Sicht

Von Friedel Läßle MdL

Mitglied des Vorstandes der SPD und Vorsitzender der SPD Saar

Ohne eine entsprechende Parlamentarmehrheit zu verfügen, bekam die im Saarland unter Mißachtung des Wahlergebnisses vom 4. Mai 1975 weiter regierende CDU den Haushalt für 1976 genehmigt. Damit ist eine - wenngleich bedauerliche - Entscheidung klar getroffen: Neuwahlen zum saarländischen Landesparlament wird es in absehbarer Zeit nicht geben. Weder im Sommer des nächsten Jahres, noch am 3. Oktober gemeinsam mit der Bundestagswahl.

Allzu deutlich merkte man der CDU die Furcht vor einem gemeinsamen Wahltermin im Oktober an. Nur eine Ablehnung des Haushaltes und die damit verbundene Handlungsunfähigkeit der weiteramtierenden Regierung Dr. Franz Josef Röders hätten zwangsläufig dazu geführt, die sauberste Auflösung des politischen Patte an der Saar durch Neuwahlen zu vollziehen. Durch die für uns völlig unverständliche Zustimmung zum Landeshaushalt hat die FDP eine große Chance für die Saar verspielt. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Die saarländische FDP unter ihrem Vorsitzenden Werner Klumpp ist ein verlässlicher Partner; aber seit der Landtagswahl eben kein Partner mehr der SPD.

Es gibt im saarländischen Parlament keine Koalition der Nichtregierenden. Das Verhältnis von SPD zu FDP ist das Spannungsverhältnis zweier unabhängiger Parteien, die ihre eigenen Interessen vertreten. Und diese sind, vereinfacht, - aber dennoch, was die FDP betrifft, an der Saar auffälliger als anderswo - bei der SPD die Anliegen der Arbeitnehmer, bei der FDP jedoch in starkem Maße die Interessen bevorzogter Gruppen. Mit Vernunft jedenfalls hat die Zustimmung zu diesem Landeshaushalt nichts zu tun. Einmal hat die FDP damit nachträglich das Ergebnis der Landtagswahl vom 4. Mai korrigiert. Der Wähler nahm der CDU die absolute Mehrheit und die Handlungsfähigkeit. Die FDP gab ihr nun zumindest für ein Jahr beides zurück. Zum zweiten übernimmt die FDP jedoch auch mit diesem "Ja" zu einem mehr als spärlichen

Haushalt ohne Not die teilweise Verantwortung für den Eklat, der dem Saarland aufgrund der Mißwirtschaft der CDU spätestens 1978 unweigerlich ins Haus steht.

Notwendig war für die Zukunft des Saarlandes ein Haushalt, dessen Steigerungsrate mit Augenmaß zwischen dem konjunkturellen Erfordernis antizyklischen Verhaltens und dem Zwang des überdurchschnittlichen Finanzengpasses angesiedelt war. Diese Einsicht war der Regierung nicht zu vermitteln. Sie wollte sparen um jeden Preis. Nun haben wir einen CDU/FDP-Haushalt, der mit einer Steigerungsrate von 1,1 vH deutlich über dem ursprünglichen Entwurf liegt; der vordergründig als Sparhaushalt erscheint, inhaltlich jedoch ein regionales Verhängnis darstellt. Dort, wo sparen heute angebracht ist, im konsumtiven Bereich, haben wir eine deutliche Ausweitung. Dort, wo Wildwuchs zu beschneiden ist, im Bereich der zentralen Verwaltung, ist nichts geschehen. Und dort, wo aus gesamtwirtschaftlicher Verantwortung zugelegt werden müßte, im investiven Bereich, wurde sogar drastisch beschnitten. Wo bleibt da die im Wahlkampf plakatierte Vernunft?

Geradezu skandalös ist, was die FDP mit einem sogenannten Haushaltsentlastungsgesetz (HEG) mitbeschloß. Gekürzt werden die Zuwendungen für die Gemeinden und damit Investitionen im größeren Ausmaß verhindert. Gekürzt wurden die Mittel der Erwachsenenbildung, und damit wird eine nach wie vor wichtige Säule unseres Bildungssystems stark beschnitten. Und praktisch völlig zurückgenommen wird das Wahlgeschenk Lernmittelfreiheit. Vereinfacht dargestellt: Notwendige wirtschaftliche Impulse für unsere Region wurden abgebremst; Verzicht auf jegliche Lernmittelfreiheit bringt einen weiteren Attraktivitätsverlust für unser Land. Wie soll das noch enden? Für jeden Verantwortlichen an der Saar müßte ab jetzt Heinrich Heines abgewandeltes Wort gelten: "Denk ich ans Saarland in der Nacht..."
(-/ 30.12.1975/wi/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller